

Gemeinsame Resolution der AWO
Sonderkonferenz

Solidarität mit Kindern und
Jugendlichen – massiv in
soziale Sicherung, Bildung
und Infrastruktur investieren
– jetzt!

AWO Bundesverband e. V.

Blücherstr. 62/63
10961 Berlin
Telefon: (+49) 30 – 263 09 – 0
Telefax: (+49) 30 – 263 09 – 325 99
E-Mail: info@awo.org
Internet: awo.org

Verantwortlich: Claudia Mandrysch (AWO Bundesverband e.V.), Senihad Sator
und Katharina Zejewski (Bundesjugendwerk der AWO e.V.), Britta Altenkamp
(Zukunftsforum Familie e.V.)
Ansprechpartner: Alexander Nöhring
E-Mail: alexander.noehring@awo.org

© AWO Bundesverband e. V.
April 2023

Zentrales Versprechen der sozialen Marktwirtschaft ist die Teilhabe aller am gesellschaftlichen Wohlstand. Kinder und Jugendliche müssen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft die Möglichkeit haben, ihre Potenziale zu entfalten und ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Trotz aller sozialstaatlichen Bemühungen bestehen jedoch noch immer massive Ungleichheiten. Deutschland ist im europäischen Vergleich eines der Länder mit der geringsten sozialen Durchlässigkeit.

Die Arbeiterwohlfahrt fordert die Bundesregierung und den Bundestag auf, diesen Trend endlich umzukehren. Eine echte Kindergrundsicherung, eine Investitionsoffensive für die Bildung und eine auskömmliche Finanzierung der Kinder- und Jugendhilfe sind unverzichtbar, damit die Lebenschancen der Kinder und Jugendlichen nicht vom Konto- und Bildungsstand der Eltern abhängen.

Bereits 2022 hat der Corona-Expert*innenrat die Bundesregierung dazu aufgerufen, das Kindeswohl in der Pandemiebekämpfung zu priorisieren und ein umfassendes Konzept zur Abmilderung von Sekundärfolgen der Pandemie für Kinder und Jugendliche als zentrales, gesellschaftspolitisches Vorhaben anzugehen. Die Corona-Krise traf all jene am stärksten, die in Armut aufwachsen. Ausgelöst von dem schrecklichen Angriffskrieg auf die Ukraine lässt die derzeitige Energie- und Wirtschaftskrise vor allem diejenigen weiter um ihre Existenz bangen, die schon vorher unter enormem materiellem Druck standen. Doch dies nicht allein: Junge Menschen werden mit den Folgen der politischen Verantwortungslosigkeit gegenüber den Rechten künftiger Generationen und einer seit Jahrzehnten falschen Umwelt- und Klimapolitik leben müssen. Gleichzeitig wird in Politik und Gesellschaft eine Debatte über einen Pflichtdienst geführt. Diese Zumutung verkennt, dass hunderttausende junge Menschen sich bereits auf unterschiedliche Weise einbringen und engagieren - im Jugendwerk der AWO, in den Freiwilligendiensten, in weiteren zivilgesellschaftlichen Jugendverbänden und -bewegungen, wie der Klimabewegung.

Als Wohlfahrtsverband und Träger von mehr als 18.000 Einrichtungen, Diensten und Angeboten sowie als Kinder- und Jugendverband der AWO stehen wir jeden Tag im Kontakt mit Millionen von Kindern, Jugendlichen und deren Familien. Wir beobachten genau, welche Folgen Armut und Perspektivlosigkeit haben: Armutsbetroffene Kinder und Jugendliche haben schlechtere Chancen, einen guten Schulabschluss zu machen und sie leiden öfter unter gesundheitlichen Einschränkungen - auch, weil das Wohnumfeld, in dem sie aufwachsen, häufig an stark befahrenen Straßen liegt und wenig Raum für das Spielen und Toben im Freien bietet. Arme Kinder und Jugendliche haben kleinere Freundeskreise als nicht arme Kinder, sind seltener im Sportverein und verfügen über ein geringeres Selbstwertgefühl, da ihnen in unserer Gesellschaft weniger zugetraut wird (wie die Langzeitstudie von AWO und ISS gezeigt hat). All das wissen wir seit Jahrzehnten!

Kein Sparen auf Kosten junger Menschen!

In den Verhandlungen über den Bundeshaushalt in den vergangenen Wochen konnten wir erleben, wie Kinder und Jugendliche einmal mehr aus dem Blickfeld der Bundespolitik geraten sind. Viele der im Koalitionsvertrag angekündigten Maßnahmen wie die Kindergrundsicherung, das Programm „Startchancen“ oder der „Digitalpakt 2.0“ sind finanziell nicht gesichert.

Wir erleben eine Bundesregierung, die im Eiltempo ein Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden für die Bundeswehr freigeben konnte – unter der Zusage ans Parlament, dass die im Koalitionsvertrag verhandelten Maßnahmen trotzdem umgesetzt werden können. Allerdings nimmt sich diese Bundesregierung mit ihrem selbst auferlegten Spardiktat nun den finanziellen Handlungsspielraum – auf Kosten von Millionen Kindern und Jugendlichen: Sie hält einerseits an der Schuldenbremse fest und besitzt andererseits nicht den Mumm, endlich jene stärker in die finanzielle Verantwortung zu nehmen, die mehr zur Finanzierung unseres Gemeinwesens beitragen müssen und dazu auch in der Lage sind. Die Einkommensungleichheit hat seit Mitte der 1990er Jahre deutlich zugenommen, gleichzeitig fällt der höchste Einkommenssteuersatz heute geringer aus als damals. Kinder reicher Haushalte werden allein über die Kinderfreibeträge in der Einkommensteuer zusätzlich zum Kindergeld derzeit um bis zu rund 100 Euro im Monat gefördert. Das entspräche einer Summe von bis zu 21.600 Euro bis zum 18. Lebensjahr. Beim Vermögen ist die Schere noch größer, eine Vermögenssteuer wird aber seit über 25 Jahren nicht mehr erhoben. Das Argument vermeintlich leerer Kassen lassen wir nicht gelten. Wir brauchen keine Umverteilung von unten nach oben, die Reiche entlastet und Arme belastet, sondern endlich eine Zeitenwende in der Fiskalpolitik!

Für eine gerechte Kinder-, Jugend- und Familienpolitik!

Auf der Basis unserer Grundwerte **Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz** haben wir als AWO in unserem Grundsatzprogramm den Leitsatz formuliert: **„Wir finden uns mit Ungleichheit und Ungerechtigkeit nicht ab. Der demokratische Sozialstaat ist verpflichtet, Ausgleich zwischen Arm und Reich herzustellen.“** Als Familienfachverband der AWO teilt das Zukunftsforum für Familie diese Werte, wie auch das Jugendwerk der AWO. Wir arbeiten jeden Tag entschieden am gesellschaftlichen Versprechen des sozialen Aufstiegs. Dafür brauchen wir eine auskömmliche Finanzierung der Bildung, der sozialen Daseinsvorsorge und der Kinder, Jugendlichen und Familien selbst. Und wir brauchen eine bedarfsgerechte Verteilung der Mittel. Hierzu heißt es im Grundsatzprogramm des Jugendwerks der AWO: „Die Bedürfnisse jedes einzelnen Menschen sind individuell. Alle Menschen sind zwar gleichwertig, aber eben nicht gleich. Anzustreben ist demnach keine gleichmäßige, sondern eine an den tatsächlichen subjektiven Bedürfnissen orientierte Güterverteilung. Nur so sichern wir alle gemeinsam den sozialen Frieden und unsere Demokratie.“

Wir fordern die Bundesregierung und den Bundestag auf, den Bedarf von Kindern und Jugendlichen endlich ernst zu nehmen und finanziell umzusteuern.

Wir erwarten:

- **Die auskömmliche und langfristige Finanzierung einer echten Kindergrundsicherung!**

Eine Kindergrundsicherung, die ihren Namen verdient, strebt eine sozial gerechte Familienförderung an, die armutsbetroffene Kinder- und Jugendliche mehr unterstützt als Kinder- und Jugendliche aus wohlhabenden Familien. Darüber hinaus muss eine neue Leistung neben einer armutsfesten Höhe auf Grundlage der Neuberechnung des kindlichen Existenzminimums eine weitgehend automatische Auszahlung beinhalten, die alle Anspruchsberechtigten erreicht. Diese Leistung muss mehr ermöglichen als die schiere Existenz – sie muss Teilhabe sichern und gemeinsam mit Kindern, Jugendlichen und ihren Verbänden definiert werden.

- **Endlich eine große Bildungsinitiative, die Kinder und Jugendliche wirklich fördert!**

Neben der direkten finanziellen Förderung von Kindern, Jugendlichen und Familien ist es Bildung, die ein Leben in Würde, sozialer Teilhabe und Demokratie möglich macht. Dazu müssen wir das riesige Defizit durch mangelnde Bildungsfinanzierung, das in den vergangenen Jahrzehnten in unserem Land aufgebaut wurde, dringend beseitigen. Schulen müssen saniert und technisch modernisiert werden, die Kindertagesbetreuung qualitativ gestärkt, der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule endlich umgesetzt und mit guter Qualität untermauert werden. Niedrigschwellige Angebote wie Familienbildung, Offene Kinder- und Jugendarbeit, Beratung sowie Jugendverbandsarbeit sind zudem finanziell abzusichern und auszubauen. Für all das müssen Länder und Kommunen in die finanzielle Lage gebracht werden, um in gemeinsamer Verantwortung die Angebote der Bildung und der Kinder- und Jugendhilfe zu stärken.

- **Umfassende und verbindliche Maßnahmen, um Kindern, Jugendlichen und ihren Familien nach den Pandemie-Jahren die Unterstützung zukommen zu lassen, die sie dringend brauchen!**

Insbesondere die Schließung von Einrichtungen für Kinder und Jugendliche in der Corona-Krise hat dazu geführt, dass ihre Lebenszufriedenheit stark abgenommen hat und ihre psychische und physische Gesundheit enorm eingeschränkt wurde. Um diesen Folgen entgegenzutreten, braucht es dringend den Ausbau der Schulsozialarbeit, wirksame Strategien gegen Einsamkeit, die Sicherstellung und den Ausbau psycho-sozialer Beratungs- und Unterstützungsangebote für Kinder und Jugendliche sowie die Stärkung kostenloser Freizeitangebote. Hierfür sind ausreichend finanzielle Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

- **Mehr Investitionen in Teilhabe und eine inklusive Kinder- und Jugendhilfe!**

Das Kinder- und Jugendhilferecht ist eine Errungenschaft, die für die Bedarfe von Kindern und Jugendlichen Partei ergreift. Wir fordern nun die Entwicklung eines wirklich inklusiven SGB VIII. Bundesweit müssen im Sinne gleichwertiger Lebensverhältnisse tragfähige Strukturen geschaffen werden. Diese gibt es aber nicht zum Nulltarif. Schon jetzt reicht die Finanzierung nicht aus. Die dafür notwendigen Mittel sind von Bund, Ländern und Kommunen sicherzustellen.

- **Eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung der Jugendverbandsarbeit durch den Kinder- und Jugendplan des Bundes!**

Um die jugendverbandliche Bundesinfrastruktur langfristig erhalten und weiterentwickeln zu können, müssen die Mittel im Kinder- und Jugendplan des Bundes für die Jugendverbandsarbeit dauerhaft ansteigen. Es ist bereits jetzt kaum leistbar, die durch Krisen ausgelösten zusätzlichen Bedarfe und Probleme junger Menschen angemessen zu begleiten. Zusätzlich droht der Abbau langjährig bestehender Infrastruktur, wenn kein Inflationsausgleich gelingt. Pädagogisch hochwertige Angebote und Möglichkeiten für Selbstwirksamkeitserfahrungen werden wegfallen. Dies wird sich nicht nur auf der Ebene der Bundesverbände zeigen, sondern auch vor Ort. Die Förderung der Jugendverbandsarbeit im Bund, in den Ländern und Kommunen bedarf einer kontinuierlichen Dynamisierung. Nur so wird es auch zukünftig möglich sein, dass junge Menschen im Rahmen der Selbstorganisation von Jugendverbänden und als Interessenvertretung für junge Menschen eine starke Stimme haben.

- **Die Stärkung und den Ausbau der Migrationssozialarbeit!**

Die Bundesprogramme Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) und die Jugendmigrationsdienste (JMD) sind wichtige Säulen der Migrationssozialarbeit und bieten professionelle Beratung und Begleitung für erwachsene und junge Menschen mit Einwanderungsgeschichte. Eine angemessene und stabile Finanzierung sowie eine Verstetigung der Mittel sind dringend notwendig.

- **Die Stärkung der Präventionsarbeit zur Verhinderung und Aufdeckung von Gewalt gegen Kinder und Jugendliche!**

Um Kinder und Jugendliche, die von häuslicher Gewalt selbst oder mitbetroffen sind, zu unterstützen, sind erreichbare und auskömmlich finanzierte Beratungs- und Hilfsangebote notwendig.

- **Die Intensivierung aller Bemühungen, um gut qualifizierte Fachkräfte für die Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und ihren Familien zu gewinnen, zu halten und auszubilden!**

Dazu gehören die Abschaffung von Ausbildungsgebühren, die Verbesserung

der Bezahlung, auch durch einen eigenen Tarifvertrag für die sozialen Berufe, die schnellere Anerkennung nicht-deutscher Berufsabschlüsse, die bessere und vergütete Möglichkeit der (Weiter-)Qualifizierung und die Stärkung der Qualität, sodass unsere Fachkräfte ihre Professionalität und Haltung auch wirklich in der alltäglichen Arbeit umsetzen können. All dies können wir als Träger nicht alleine stemmen, sondern es muss durch die öffentliche Hand refinanziert werden.

- **Den Ausbau und die finanzielle Stärkung der Freiwilligendienste sowie mehr Anerkennung für freiwilliges Engagement!**

Die angekündigten Kürzungen bei der Finanzierung des Freiwilligen Sozialen Jahres und des Bundesfreiwilligendienstes sind zurückzunehmen. Stattdessen müssen die Freiwilligendienste stärker wertgeschätzt, attraktiver gemacht und ihre Potentiale für alle interessierten jungen Menschen erschlossen werden. Dies bedeutet, die Finanzierung der Freiwilligendienste erheblich auszubauen.

Wir sehen deutlich: Dort, wo sich der Staat aus seiner Verantwortung zurückzieht, leiden vor allem die Ärmsten unter den sozialen Verwerfungen. Die Ungleichheit nimmt zu und mit ihr gesellschaftliche Ausgrenzung und Perspektivlosigkeit. Am Ende steht neben dem Kindeswohl auch das Vertrauen der Menschen in die soziale Demokratie auf dem Spiel.

Das darf nicht sein. Wir fordern ein Umsteuern – jetzt!